

come together ||| fight together ||| stay together



Der deutsche Staat errichtet ein

Lagersystem



www.redside.tk

www.fluchtersachen.tk



immer montags ab 19 Uhr: Volksküche

im Stadtteilladen Schwarze Katze, Untere Seitenstr.1 Nürnberg

Der deutsche Staat errichtet ein Lagersystem! Schau nicht weg, greif ein! Es geht gegen uns alle!

„Im Jahr 2018 ist das zentrale europäische Thema die finale Lösung der Flüchtlingsfrage.“ Das sagte CSU-Politiker Manfred Weber bei der CSU-Klausurtagung im Kloster Seeon im Januar 2018. Zwei Monate später stand dann der Koalitionsvertrag mit CDU und SPD, in dem weit reichende Verschärfungen für Geflüchtete im Asylverfahren in ganz Deutschland festgeschrieben sind. Die neue Bundesregierung plant die flächendeckende Einführung von sogenannten zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (AnKER-Zentren). Vorbild dafür sind die in Bayern von der CSU eingerichteten Großlager in Manching und Bamberg. Dort sind schon jeweils über Eintausend Geflüchtete konzentriert, die Kapazität der Lager liegt bei 2500 bzw. 3400 Personen. In die extrem umstrittenen Lager gezwungen werden vor allem Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“ und aus „sicheren“ Herkunftsstaaten. „Sichere“ Herkunftsstaaten sind dabei Länder, die von der Bundesregierung zu solchen erklärt wurden. „Schlechte Bleibeperspektive“ bedeutet einfach nur, dass die Anerkennungsquote aller Anträge aus einem Herkunftsland unter 50 % liegt. Durch die Isolation in dem Lager ist es für die Geflüchteten sehr schwierig bis unmöglich, unabhängige Beratung und anwaltliche Vertretung für ihre teilweise sehr komplexen Verfahren zu bekommen. Während rechte Politiker in Dauerschleife vom „Rechtsstaat“ schwadronieren, wird der Zugang für Geflüchtete zum individuellen Rechtsweg systematisch beschnitten.

Populismus und Lagersystem

Genau das ist erklärtes Ziel des Lagersystems. Asylverfahren sollen mit diesem Prinzip „vereinfacht“ und „effizient“ gestaltet werden. Die Geflüchteten werden einem pauschalen Prozess unterworfen und von der

Gesellschaft isoliert. Ihre Integration ist ausdrücklich unerwünscht. Damit nicht „aus Versehen“ ein deutsches Gericht doch eine Duldung oder gar Anerkennung ausspricht, tut der deutsche Staat viel, um eine detaillierte, individuelle Prüfung des Asylantrags zu unterlaufen. Thomas Kreuzer, der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag bringt es auf den Punkt: „Es ist jetzt besser, wenn nur die vor Ort ankommen, die auch bleiben können, wo es praktisch Sinn macht, sie zu integrieren. Dann werden wir auch bei der Bevölkerung auf größeres Verständnis stoßen.“ In der christlich-sozialen Union hat man ein populistisch-pragmatisches Verhältnis zur Nächstenliebe. Ganz knallhart wird über Gesetze eine Selektion von Menschen nach wirtschaftlichen und politischen Interessen betrieben. Außenpolitische Interessen der BRD bestimmen, welche Herkunftsländer als sicher und welche als unsicher gelten. Für „unerwünschte“ Geflüchtete bedeutet das Konzentration in Lagern und damit verbunden Isolation, Traumatisierung durch Abschiebungen und Polizeirazzien, mangelhafte medizinische Versorgung, massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Zwar dürfen die Geflüchteten das Lager verlassen, aber sie unterliegen der Auflage, den Landkreis/die kreisfreie Stadt in dem/der das Lager liegt nicht zu verlassen. Sonst drohen Strafen oder die Ablehnung des Asylantrags.

Isolation vom gesellschaftlichen Diskurs

Nicht nur die individuellen Rechte der LagerinsassInnen werden durch das Lagerregime eingeschränkt, sondern auch die Möglichkeiten, dagegen zu protestieren. Von 2012 bis 2014 konnten Geflüchtete zusammen mit UnterstützerInnen zahlreiche Verbesserungen erkämpfen, wie z.B. die Aufhebung der Residenzpflicht in einigen Bundesländern. Selbst in Bayern musste sich die CSU-Regierung mit den Protesten beschäftigen und beschloss den Satz, wonach die Unterbringung in Flüchtlingslagern die Bereitschaft zur Rückkehr in

das Heimatland fördern soll, aus der bayerischen Asyl-durchführungsverordnung zu streichen. Mit der Verschärfung des imperialistischen Stellvertreterkrieges in Syrien kamen 2015-2016 hunderttausende SyrerInnen nach Deutschland um Asyl zu suchen. Die anfänglich von Staat und Medien propagierte „Willkommenskultur“ wurde in letzter Konsequenz politisch genutzt, um das Aufenthalts- und Asylrechts endgültig zu demonstrieren. Flankiert von rassistischer Hetze in Medien und bei Aufmärschen rassistischer und rechter Gruppen wurden die Erfolge der Geflüchtetenproteste revidiert und die „deutsche Volksgemeinschaft“ auf Linie gebracht. Mit täglichen Schauer-meldungen von „kriminellen Flüchtlingen“ wurde und wird gezielt eine Stimmung erzeugt, die es ermöglicht, dass die Deutschen sich als Opfer schrecklicher „Flüchtlingsströme“ fühlen können. Die Beteiligung an vielen Kriegen, die Fluchtursachen schaffen (Jugoslawienkrieg, Kosovo-krieg, Afghanistankrieg...) wird dabei ausgeblendet. Dass Deutschland der viertgrößte Waffenexporteur der Welt ist, wird ebenso ausgeblendet. Ebenso keine Folgen für die letzte Bundesregierung hatte der schmutzige Deal mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, der im Februar einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Syrien begonnen hat. Folgen hat das imperialistische Treiben der BRD vor allem für die Lohnabhängigen und darunter im Moment besonders für die Geflüchteten ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Mit den Sondergesetzen für AusländerInnen und ihrer Konzentration und Isolierung in Lagern sollen Geflüchtete davon abgehalten werden, für ihre Rechte einzutreten. Es ist schwer für sie, mit UnterstützerInnen in Kontakt zu kommen. In Manching wurde zuletzt sogar MenschenrechtsanwältInnen der Zugang verwehrt. Was sich in den Lagern abspielt, ist für die kritische Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar. In den Lagern wird selbst passiver Widerstand gegen Abschiebungen mit Polizeigewalt unterbunden. Flüchtlinge, die sich gegen Abschiebungen solidarisieren, werden kriminalisiert.

come together ||| fight together ||| stay together

In den Medien wird hierbei meist nur die Polizeisicht wiedergegeben und der Innenminister zitiert. Eine Recherche vor Ort, die auch die Geflüchteten zu Wort kommen lässt findet meist nicht statt. Geflüchtete, die als OrganisatorInnen von Protesten gelten, werden als „Rädelsführer“ dargestellt, die dann verhaftet, verlegt oder abgeschoben werden. All dies soll den LagerinsassInnen die Möglichkeit nehmen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und ihre Menschenrechte einzufordern. Eine Solidarisierung mit den Geflüchteten durch Teile der Bevölkerung, wie 2012-2014, will die CSU und die Große Koalition möglichst verhindern.

**Diese Zustände müssen enden!
Widerstand ist notwendig!**

Der Umgang mit Geflüchteten kann nicht isoliert betrachtet werden. Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht und Lager sind unmenschlich. Wer diese Grundlagen nicht teilt, wer Menschen diese Rechte abspricht, reiht sich ein auf der Seite der Herrschenden, die jeglichen Widerstand gegen Imperialismus und Krieg, gegen Ausbeutung und Unterdrückung vernichten wollen. Geflüchtete müssen ihre Heimatländer verlassen, weil Krieg und Armut sie dazu zwingen. Das Streben nach einem besseren Leben ist menschlich und nachvollziehbar. Mit dem Lagersystem wird ein Konzept in Deutschland flächendeckend eingeführt, das Menschen generell einteilt, diszipliniert und bestraft. Es kann und wird in Zukunft gegen andere Bevölkerungsgruppen in gleicher oder ähnlicher Form angewendet werden.

Vor wem hast du Angst?

Wenn die immer gleichen Herrschenden den großen Rest der Welt Armut und Ausbeutung aussetzen und in die Flucht treiben – was gibt es näher liegendes als sich dagegen zusammenzutun? Egal woher wir kommen – getroffen werden wir alle von dieser Politik. Die einen haben dabei noch das „Glück“ in einem der imperialistischen Zentren geboren zu sein, inklusive stagnierenden Reallöhnen, Wohnungsnot, befristetem Job und drohender Altersarmut. Die anderen versuchen dorthin, also hierher zu kommen, weil sie vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut fliehen. Die Frage ist: Vor wem hast du mehr Angst? Vor Schutzlosen, die flüchten oder dem Staat, der dich im Interesse der Wirtschaft, des Kapitals, belügt, betrügt, überwacht und beklaut – und wer wird eher mit dir für deine Rechte kämpfen? Der Kapitalismus spaltet uns und schafft für einige Sondergesetze, für andere Privilegien, für die nächsten Sanktionen. Die grundlegenden Bedürfnisse, die die Interessen aller Menschen ausmachen, sind aber für alle die gleichen: Wohnen, Essen, körperliche Unversehrtheit, soziale und kulturelle Teilhabe usw.

JedeR von uns ist gezwungen, zuzuschauen, wie der Teil, der für uns abfällt immer kleiner wird. Und jedeR hat immer noch eineN unter sich – zum runtergucken, draufspucken, zutreten. Nur nach oben – da tritt keiner. Machen wir damit Schluss!

Richten wir unsere Wut über diese Verhältnisse gemeinsam auf die Richtigen! Die ProfiteurInnen, die VerwalterInnen, die VerteidigerInnen des Kapitalismus!

come together ||| fight together ||| stay together

Kommen wir zusammen, kämpfen wir zusammen, bleiben wir zusammen!

**Schluss mit Kapitalismus und Imperialismus!
Tear down capitalism and imperialism!
Kampf der Festung Europa! Fight fortress europe!
Weg mit allen Lagern! Close all camps!**